

N i e d e r s c h r i f t
über eine Sitzung
des Amtsausschusses des Amtes Langballig
am Montag, d. 11. September 2006 um 20.00 Uhr
in der Gaststätte "Fördeblick"
auf dem Campingplatz in Bockholmwik

Tagesordnung:

1. Berichte der Ausschussvorsitzenden, der Bürgermeister/in und des Amtsvorstehers
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.03.2006
4. 5. Änderungssatzung zur Satzung des Amtes Langballig über die Benutzung der Gemeinschaftsunterkunft für Aus- und Übersiedler, Obdachlose und Asylbewerber in Grundhof vom 19.05.1992
5. 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung des Amtes Langballig vom 24.11.2003
6. Verwaltungsstrukturreform
7. Bericht über die Arbeit der DLRG-Stationen in Langballig und Westerholz
Vortrag: Herr Hans Neander
8. Bericht über die Arbeit der Amtsjugendpflegerin
Vortrag: Frau Dorit Jensen
9. Verschiedenes

Anwesende

seitens des Amtsausschusses:

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann, Westerholz – zugl. als Vorsitzender
Bürgermeister Peter-Wilhelm Jacobsen, Dollerup
Bürgermeister Bernd Wunder, Grundhof
Bürgermeisterin Margrit Jebsen, Munkbrarup
Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen, Langballig
Bürgermeister Hans-Detlef Jordt, Ringsberg
Bürgermeister Ulrich Christophersen, Wees

Amtsausschussmitglied Peter Tramsen, Dollerup
Amtsausschussmitglied Thomas Petersen, Dollerup
Amtsausschussmitglied Silke Schreiber, Grundhof
Amtsausschussmitglied Birgit Bialluch, Langballig
Amtsausschussmitglied Gerd Bremer, Munkbrarup
Amtsausschussmitglied Gerd Voß, Wees
Amtsausschussmitglied Wolfgang Striebich, Wees
Amtsausschussmitglied Meike Jochimsen, Wees
Amtsausschussmitglied Claus Mangelsen, Wees
Amtsausschussmitglied Jürgen Hansen, Westerholz

entschuldigt fehlen:

Amtsausschussmitglied Heiner Iversen, Munkbrarup
Amtsausschussmitglied Nikolaus Asmussen, Langballig

seitens der Presse:

Herr Iversen, Flensburger Tageblatt (bis 21.15 Uhr)

seitens der Amtsverwaltung:

LVB Walter Schober
Amtskämmerer Reinhard Schmeiduch

als Gast:

Horst Mahlenbrei
Hans Neander
Dorit Jensen

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 22.15 Uhr

Die Mitglieder des Amtsausschusses waren durch Einladung vom 29.08.2006 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Die Verhandlungen finden in öffentlicher Sitzung statt.

Um 20.00 Uhr eröffnet Amtsvorsteher Jürgen Bachmann die Sitzung. Er begrüßt die Mitglieder des Amtsausschusses, Herrn Iversen von der Presse, die geladenen Gäste, die Vertreter der Amtsverwaltung sowie drei erschienene Zuhörer. Sodann stellt er die ordnungsgemäß Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Amtsvorsteher Jürgen Bachmann Herrn Horst Mahlenbrei, der an der heutigen Sitzung als Gast teilnimmt. Amtsvorsteher Jürgen Bachmann würdigt die 13jährige Tätigkeit von Herrn Mahlenbrei als Mitarbeiter des Flensburger Tageblattes zuständig für das Amt Langballig mit seinen sieben Gemeinden, in deren Rahmen es Herrn Mahlenbrei auf hervorragende Weise gelungen sei, das Amt Langballig in der Öffentlichkeit positiv darzustellen. Darin sei es auch begründet, dass sowohl das Amt wie auch die amtsangehörigen Gemeinden von den umliegenden Kommunen beneidet worden seien für die positiven Artikel, die von Herrn Mahlenbrei verfasst wurden. Getreu dem Motto, "Wenn's am schönsten ist, soll man aufhören", habe Herr Mahlenbrei seine Tätigkeit beim Flensburger Tageblatt im Juni diesen Jahres beendet. Amtsvorsteher Jürgen Bachmann dankt Herrn Mahlenbrei im Namen aller Amtsausschussmitglieder und Mitarbeiter der Amtsverwaltung für seine herausragende Öffentlichkeitsarbeit und überreicht ihm als Anerkennung für seine Tätigkeit einen Blumenstrauß und ein Präsent.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Berichte der Ausschussvorsitzenden, der Bürgermeister/in und des Amtsvorstehers

1.1 Finanzausschuss:

Finanzausschussvorsitzende Margrit Jebesen berichtet aus der Sitzung vom 21.08.06 über folgende Punkte:

- Verwaltungsstrukturereform
- Satzung über die Benutzung der Gemeinschaftsunterkunft für Aus- und Übersiedler in Grundhof
- Änderung der Entschädigungssatzung
- Zuschuss für das Freiwillige Soziale Jahr
- Bericht von Herrn Rehder über die Sanierung der Grund- und Hauptschule Munkbrarup

1.2 Liegenschaftsausschuss:

Vorsitzender Gerd Bremer teilt mit, dass der Ausschuss nicht getagt hat.

1.3 Amtsvorsteher

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann gratuliert den Gemeinden Munkbrarup und Langballig für den ersten Platz bzw. dritten Platz beim Kreisentscheid und der Gemeinde Munkbrarup darüber hinaus für den vierten Platz beim Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft". Er sieht diese Ergebnis als Ansporn, die Gemeinden weiter zu entwickeln und zu gegebener Zeit erneut am Wettbewerb teilzunehmen.

Er hat an einer Tagung der Amtsvorsteher in Molfsee teilgenommen, wo die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Land und Kommunen Gegenstand der Diskussion war.

Hinsichtlich der Sanierung der GHS Munkbrarup berichtet Amtsvorsteher Jürgen Bachmann von folgenden Arbeiten und entsprechenden Kosten:

- Rissbildung im Mauerwerk 5.000 €
- Sanierung der Leimbinder im Hallendach 15.000 €
- Erneuerung des Hallenbodens in der großen Turnhalle 78.000 €
- Abdeckung des Hallenbodens für Fremdnutzung 12.000 €
- Sanierung des Schwimmbades 7.500 €
- Erneuerung und Fliesenarbeiten in den Toilettenräumen 50.000 €
- Sanierung des Musikraumes 3.500 €
- Malerarbeiten in drei Klassenräumen 4.500 €

Aus den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln sind noch 75.000 € vorhanden, um Arbeiten an der Elektroverteilung und der Belüftung im Schwimmbad vorzunehmen, sowie Energiesparlampen und Fassadenelemente auszutauschen. Diese Arbeiten erfolgen nach Rücksprache zwischen dem Architekten Manfred Rehder sowie Herrn Keyser und Herrn Otto von der GHS Munkbrarup.

Desweiteren weist Amtsvorsteher Jürgen Bachmann darauf hin, dass der Keller im Amtsgebäude feucht gewesen sei und für 4.000 € saniert werden musste. Darüber hinaus mussten Dacharbeiten beim großen Sitzungssaal sowie im Windfang durchgeführt werden, die 5.300 € an Kosten verursacht haben.

Ein Schaden an der Frischwasserleitung auf dem Sportgelände in Streichmühle hat 3.000 € an Kosten verursacht, diese wurden jedoch von der Dolleruper Brandgilde übernommen.

Im Anschluss berichtet Amtsvorsteher Jürgen Bachmann von folgenden Angelegenheiten und Ereignissen:

- Partnerschaftsbesuch in Ruciane Nida im Juni 2006 mit ausgesuchten Mitgliedern aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Feuerwehr, Schulen, Kultur und Sport)
- Stadtfest in Malchow am 01.07.06
- Partnerschaftsbesuch im Moormerland am 21.07.06
- geplantes Eulenfest in Quickborn Ende September
- Teilnahme an der Wehrführerdienstversammlung im Amt
- Mitgliederversammlung des Amtskulturringes Langballig
- Teilnahme an den Sommerfesten in den Schulen
- Kuratoriumssitzung der Diakonie-Sozialstation mit einem positiven Ergebnis für 2005
- Mitgliederversammlung beim ADS in Langballig im Remmer-Haus
- Teilnahme am 50jährigem Jubiläum des Flottenkommandos Glücksburg
- Teilnahme an der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Nordangeln
- Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen im Museumsdorf Unewatt
- Gründungsveranstaltung Förderverein "Mühle Munkbrarup"
- Teilnahme an einer Sitzung der Lenkungsgruppe "Tourismus Flensburger Fjord" am heutigen Tag
- Einstellung der Regionalbetreuerin Frau Tschoeltsch für die Umsetzung verbliebener Projekte aus der LSE

- Vergabe der Stromlieferung ab 2007 an die Stadtwerke Flensburg
- Eheschließung der Mitarbeiterin im Vorzimmer, Susanne Schröder geb. Clausen

Amtsausschussmitglied Silke Schreiber berichtet über folgende Veranstaltungen, an denen sie in Vertretung von Amtsvorsteher Jürgen Bachmann teilgenommen hat:

- Partnerschaftsbesuch der Gemeinde Moormerland in Langballig
- 16.06. Schulfest der GHS Munkbrarup
- 30.06. Sitzung der WiREG über die Neuverwendung ehemaliger Bundeswehrflächen
- 21.07. Schulentlassung an der Hauptschule Munkbrarup
- 04.07. Buchpräsentation Flensburger Förde
- 02.09. Abend der Dörfer

1.4 Berichte der Bürgermeister

1.4.1 Langballig

Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen berichtet:

- Verkauf des Kreishafens in Langballigau sowie Verklappung des Baggergutes
- Vereinfachte B-Plan-Änderung

1.4.2 Dollerup

Bürgermeister Peter-Wilhelm Jacobsen berichtet:

- verschiedene kulturelle Veranstaltungen
- Aufforderung des Landesamtes für Arbeitsschutz, die Einfassungen an den Dorfteichen zu erneuern
- Nutzung der Konversionsfläche in Terkelstoft für Seminare und kulturelle Veranstaltungen
- F-Plan-Änderung

1.4.3 Ringsberg

Bürgermeister Hans-Detlef Jordt berichtet:

- Abrundungssatzung zur Schaffung neuer Baugrundstücke
- Einweihung des Wanderweges von Ringsberg nach Kragholm
- Erweiterung des Spielplatzes
- Durchführung eines Kinderfestes

1.4.4 Westerholz

Bürgermeister Jürgen Bachmann berichtet:

- Verkauf der Grundstücke in den B-Gebieten Lundsmeer und Erich-Heckel-Weg
- guter Start des Strandpavillons "Strandgut"

1.4.5 Grundhof

Bürgermeister Bernd Wunder berichtet:

- Neue Asphaltierung der Dorfstraße in Bönstrup
- Erneuerung der Zuwegung zur Kläranlage
- Der Dorfteich in der Ulmenallee wurde von den Neubürgern in Eigenleistung eingezäunt, das Material hat die Gemeinde gestellt
- Abschluss des Betriebsausfluges der Amtsverwaltung im Bürgerhaus in Grundhof

1.4.6 Munkbrarup

Bürgermeisterin Margrit Jebesen berichtet:

- Teilnahme am Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"
- Neuanpflanzungen im Gemeindewald
- Einstellung einer neuen Leiterin im Kindergarten
- Einweihung der Spielplatzhütte Brombeerhof
- Fahrt der Senioren nach Dänemark
- Neuer Pächter im Gasthaus ab Oktober

1.4.7 Wees

Bürgermeister Ulrich Christophersen berichtet:

- Verpachtung und Ankauf der Gaststätte in Wees
- F-Plan-Änderung in Oxbüll-Süd
- Durchführung des Mühlentages in Munkbrarup unter Leitung von "Wees-kulturell" gemeinsam durch die Gemeinden Wees und Munkbrarup
- Ankauf eines Grundstückes zu Erhalt des Spielplatzes Kolk
- Dank an die "IG Gewerbe Wees" für die Durchführung eines Dorffestes
- Erweiterung des Lidl-Marktes in Wees
- Neuansiedlung eines Lidl-Marktes in Flensburg

- 1.5 Amtsausschussmitglied Birgit Bialluch fragt an, ob es einen Beschluss dafür gäbe, dass das Amt Langballig aus seinem Kassenbestand der Nordangelner Betriebs-GmbH ein Zwischenfinanzierungsdarlehen in Höhe von 40.000 € gewährt hat.

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe, die sich mit dem Neubau des Pflegeheimes in Langballig beschäftigt, für die Projektentwicklung Anfangskosten verursacht hat für die Inanspruchnahme externer Berater. Die Mittel seien als durchlaufender Posten verausgabt worden. Zu welchem Zeitpunkt die entsprechende Einnahme gegengebucht werden kann, hängt von der weiteren Realisierung des Projektes ab.

- 1.6 Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen fragt an, ob die Regionalplanerin Frau Tschoeltsch die Arbeiten der Firma Pro Regione übernommen habe. Ltd. Verwaltungsbeamter Walter Schober weist darauf hin, dass Frau Tschoeltsch andere Aufgaben habe als die Firma Pro Regione. Aufgrund ihrer umfangreichen Kenntnisse aus ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit sei Frau Tschoeltsch damit beauftragt, bisher nicht realisierte Projekte aus der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse neu anzufassen und zu versuchen, im Rahmen der Förderrichtlinien für die Umsetzung und Realisierung zu sorgen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:
Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.03.2006

Amtsausschussmitglied Thomas Petersen bemängelt, dass in der Niederschrift unter dem Tagesordnungspunkt 13.1 (Vergabe von Ehrentiteln) nicht seine Person erwähnt wurde, sondern versehentlich Thomas Jensen. Er bittet diese zu korrigieren.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 27.03.2006 mit der oben genannten Korrektur.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:
5. Änderungssatzung zur Satzung des Amtes Langballig über die Benutzung der Gemeinschaftsunterkunft für Aus- und Übersiedler, Obdachlose und Asylbewerber in Grundhof vom 19.05.1992

Ltd. Verwaltungsbeamter Walter Schober führt aus, dass das Amt Langballig derzeit zwei Unterkunftshäuser, eines in Streichmühle und eines in Grundhof, für die Beseitigung von Obdachlosigkeit, insbesondere von Asylbewerbern unterhält. In den letzten Monaten ist es gelungen, einige Wohnungen frei zu bekommen, weil die Bereitstellung nur für die Zeit einer Obdachlosigkeit bestehen soll, d.h. die Wohnungsnutzer sollen sich nach einer Übergangszeit eine eigene Wohnung suchen.

In Grundhof stehen zwei Wohnungen schon eine ganze Zeit lang leer. Derzeit ist dort nur die Dachgeschosswohnung belegt.

Die Gebühr für die Nutzung der Obdachlosenunterkunft in Grundhof ist zurzeit einschließlich Nebenkosten je Person festgelegt worden, ganz gleich, wie groß die Wohnung ist. Dies war bisher die wirtschaftlichste Lösung.

Die Amtsverwaltung hält es für sinnvoller, die Gebühr entsprechend der Wohnungsgröße zu berechnen, da die Belegung nicht mehr in der maximalen Anzahl erfolgen kann.

Nach derzeitigem Gebührenmaßstab wird voraussichtlich in 2006 eine Einnahme von 3.600,00 Euro erzielt werden. Diesen Einnahmen stehen voraussichtliche Kosten von 10.900,00 Euro gegenüber.

Bei einer Wohn- und Nutzfläche von 254,26 qm wäre ein Maßstab von 3,57 Euro / qm Gebühren zu erheben, um die voraussichtlichen Kosten zu decken, wobei Leerzeiten keine Berücksichtigung finden.

Herr Schober weist darauf hin, dass nach Aussage des Kreises Schleswig-Flensburg von der Tendenz her keine weiteren Kontingente zu erwarten sind, so dass auch ein Verkauf der Immobilie überlegt wird. Unabhängig davon sollte jedoch die 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der Gemeinschaftsunterkunft beschlossen werden.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 21. August 2006 dem Amtsausschuss empfohlen, eine Nutzungsgebühr von 4,00 € je Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche und Kalendermonat festzulegen und zu beschließen.

Bürgermeister Ulrich Christophersen schlägt vor, den Mietsatz von 4,81 € zugrunde zu legen, wie er auch beim sozial geförderten Wohnungsbau angewandt wird.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der Gemeinschaftsunterkunft Grundhof in der Form, dass eine Nutzungsgebühr von 4,81 € je Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche und Kalendermonat erhoben wird. Die Satzung tritt zum 01.10.2006 in Kraft.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt darüber hinaus, einen örtlichen Makler damit zu beauftragen, die Immobilie auf dem freien Markt anzubieten.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung des Amtes Langballig vom 24.11.2003

Ltd. Verwaltungsbeamter Walter Schober führt aus, dass die Entschädigung an die Feuerwehrleute derzeit nach den Beschlüssen des Amtsausschusses vom 17.03.1997, 08.12.1997, 29.06.1998 und 15.12.1999 gezahlt werden.

Das Ordnungsamt schlägt nunmehr vor, die Entschädigungszahlungen in einer 1. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung des Amtes Langballig vom 24.11.2003 wie folgt aufzunehmen:

"Folgende Feuerwehrleute, die amtsweit für alle amtsangehörigen Wehren tätig sind und durch die Wehrführerversammlung bestellt wurden, erhalten eine jährliche pauschale Entschädigung:

- Funkbeauftragter	130,00 €
- Atemschutzwart	130,00 €
- Bekleidungswart	155,00 €
- Brandschutzerzieher	100,00 €
- Ausbilder für die Truppmann/-fraulehrgänge und Truppführer/in-Lehrgänge u. ä.	60,00 €
- Jugendwart	400,00 €
- Ausbilder der JFW	200,00 €

- (4) Lehrgangsteilnehmer von überörtlichen Ausbildungseinrichtungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 BrSchG), von Fachausbildungen an der Landesfeuerweherschule (§ 18 BrSchG) und von solchen Ausbildungsveranstaltungen, die mit Genehmigung oder auf Anordnung des Amtes Langballig besucht werden, erhalten eine pauschale Entschädigung neben der Reisekostenvergütung in Höhe von 50,00 € pro Lehrgangstag, wenn dieser Lehrgang während des Erholungsurlaubes absolviert wurde.
- (5) Gerätewarte der Feuerwehren erhalten eine jährliche Entschädigung in Höhe von 130,00 €. Die Atemschutzbeauftragten der Feuerwehren erhalten eine jährliche Entschädigung in Höhe von 50,00 €."

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 21. August 2006 empfohlen, die 1. Änderungssatzung zur Entschädigung so wie vorgetragen zu beschließen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die 1. Änderungssatzung zur Entschädigung des Amtes Langballig vom 24.11.2004 in der Form, wie sie dem Originalprotokoll beigelegt ist. Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2006 in Kraft.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: **Verwaltungsstrukturreform**

Der Entwurf eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19a GkZ mit Stand vom 07.09.2006 ist allen Amtsausschussmitgliedern im Vorwege zugegangen.

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann zitiert zunächst aus einem Presseartikel vom 08.09.06 aus den Flensburger Nachrichten, in dem über eine geplante Verwaltungseinheit zwischen der Stadt Flensburg und der Stadt Glücksburg berichtet wird. Dieser Bericht enthält seiner Ansicht nach emotionale Äußerungen des Glücksbürger Bürgermeisters, die der Sache in keiner Weise dienlich seien.

Er stellt desweiteren fest, dass die Standortfrage des Hauptamtes, Ordnungsamtes und Bauamtes weiterhin nicht geklärt ist. Die letzte Version des öffentlich-rechtlichen Vertrages, der nach dem Gespräch der Bürgermeister des Amtes Langballig beim Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg noch geringfügig geändert wurde, ist der Stadt Glücksburg zugestellt worden, bisher ist keine Antwort eingegangen.

Bürgermeister Ulrich Christophersen zitiert aus einem Brief des Bürgermeisters der Stadt Glücksburg Herrn Witt vom 03.08.2006. Im letzten Absatz dieses Briefes bringt Herr Witt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass der öffentlich-rechtlichen Vertrag (Stand: 22.08.2006) nicht mehr verhandelbar sei. Bürgermeister Ulrich Christophersen bezweifelt, dass Amtsvorsteher Jürgen Bachmann und Ltd. Verwaltungsbeamter Walter Schober die Vollmacht gehabt hätten, eine derartige Feststellung gegenüber der Stadt Glücksburg zum Ausdruck zu bringen. Amtsvorsteher Jürgen Bachmann erwidert, dass lediglich die Standortfrage der Verwaltung als nicht mehr verhandelbar dargestellt wurde.

Bürgermeister Hans-Detlef Jordt und Peter-Wilhelm Jacobsen sehen die Notwendigkeit, auf den Presseartikel der Städte Flensburg und Glücksburg vom 08.09.06 mit einer entsprechenden Gegendarstellung zu antworten, da dem Amt Langballig vom Bürgermeister der Stadt Glücksburg vorgeworfen worden sei, lediglich persönliche Interessen zu verfolgen. Auch wurde in dem Artikel angezweifelt, dass das Amt Langballig bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft über die erforderliche Professionalität und über einen Sinn für das Gemeinwohl verfüge.

Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen plädiert für weitere Verhandlungen. Seiner Ansicht nach könnte für die Förderregion bei Infrastruktureinrichtungen insgesamt viel erreicht werden, wenn Glücksburg und das Amt Langballig sich gemeinsam weiterentwickeln würden.

Unabhängig davon sieht er den Umgang der Stadt Glücksburg mit dem Amt Langballig als eine bodenlose Frechheit an und weist insbesondere den Vorwurf der mangelnden Professionalität zurück. Seiner Ansicht nach könne die Stadt Glücksburg noch viel vom Amt Langballig lernen, so z.B. die Einrichtung eines benutzerfreundlichen Bürgerbüros.

Immerhin hat das Amt Langballig durch den öffentlich-rechtlichen Vertragsentwurf der Stadt Glücksburg die Möglichkeit gegeben, ihren hauptamtlichen Bürgermeister wieder wählen zu können.

Seiner Ansicht nach kann der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein das Amt Langballig gar nicht der Stadt Glücksburg zuweisen, solange das Amt Langballig über eine Einwohnerzahl von mehr als 8.000 Einwohnerinnen und Einwohner verfügt. Sollte trotzdem eine Entscheidung des Innenministers in Richtung Glücksburg fallen, so schlägt er vor, den Rechtsweg auszuschöpfen.

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann sieht in unterschiedlichen Strukturen der Stadt Glücksburg und des Amtes Langballig die Hauptursache dafür, sich bei der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft aneinander zu gewöhnen, da doch sehr unterschiedliche Auffassungen insbesondere im Verwaltungshandeln zwischen der Stadt Glücksburg und dem Amt Langballig bestehen. Sollte es zu weiteren Verhandlungen und zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft kommen, müsste hier noch ein erheblicher Wandlungsprozess seitens der Stadt Glücksburg statt finden.

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann findet allgemeines Einverständnis bei dem Vorschlag, in Gestalt einer Pressemitteilung die nicht akzeptablen Äußerungen des Glücksburger Bürgermeisters sachlich richtig zu stellen.

Auf Nachfrage des Amtsvorstehers ergeben sich aus dem Amtsausschuss keinerlei Anmerkungen bzw. Änderungswünsche zum öffentlich-rechtlichen Vertrag, wie er der Stadt Glücksburg zur Entscheidung vorgelegt wurde.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht über die Arbeit der DLRG-Stationen in Langballig und Westerholz

Vortrag: Herr Hans Neander

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann übergibt das Wort an den Vorsitzenden der DLRG-Ortsgruppe Langballig, Herrn Hans Neander.

Herr Neander bedankt sich für die Einladung und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass am 25.06.06 sowohl in Westerholz auch als in Langballig die neuen Wachstationen feierlich eröffnet werden konnten. Dadurch hat die DLRG nunmehr die Möglichkeit, auch den Strandabschnitt in Langballig zu bewachen und zwar ab dem 09.07.06 mit ständig zwei Personen pro Wachstation.

Das Angebot der DLRG wurde von den Badegästen ausschließlich positiv aufgenommen, da sich das Sicherheitsgefühl insgesamt erhöht habe. Probleme bereitet der DLRG die Durchsetzung des Springverbotsschildes auf der Badebrücke, da ein Teil der Badegäste in dieser Hinsicht sehr uneinsichtig sei. Trotzdem sei es nur zu kleineren Badeunfällen gekommen.

Ein großer Erfolg sei nach Aussage von Herrn Neander auch das angebotenen Ferienschwimmen gewesen, was in der Badesaison jeden Tag von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr angeboten wurde. Insgesamt waren sechs Schwimmausbilder täglich im Einsatz. Von den 88 angemeldeten Kindern hätten 17 das Seepferdchen gemacht, elf das bronzene Abzeichen, neun das silberne Abzeichen und vier das goldene Schwimmaabzeichen.

Desweiteren betonte er den sehr unkomplizierten Umgang zwischen den Wachgängern der DLRG und den Badegästen, insbesondere den Kindern. Ziel für die Zukunft soll es sein, zum einen dem Badespaß zu ermöglichen und zu erhalten und zum anderen die Sicherheit der Badegäste zu erhöhen. Abschließend betonte Herr Neander die sehr gute Zusammenarbeit mit der DGzRS und verweist auf das Wintertraining in Kappeln und Flensburg, was ebenfalls sehr gut angenommen wird, zumal die DLRG dort zu relativ günstigen Konditionen das Training abhalten kann.

Der Vortrag von Herrn Neander wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht über die Arbeit der Amtsjugendpflegerin

Vortrag: Frau Dorit Jensen

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann gibt das Wort an Frau Dorit Jensen.

Frau Jensen führt aus, dass sie seit Anfang 2003 als Koordinatorin der Jugendarbeit im Amt Langballig tätig ist. Sie betont, dass in vielen Gemeinden gute Jugendarbeit geleistet wird. Ihre Aufgabe sei es insbesondere, die Jugendarbeit auf Amtsebene zu koordinieren, unter anderem bei der Durchführung von den Ferienfahrten und Ferienlagern, durch Erstellung eines Ferienkalenders und durch die Entwicklung neuer Projekte. Darüber hinaus wird alle 14 Tage eine Teambesprechung abgehalten, um die wichtigsten Absprachen treffen zu können. Auch die Nachmittagsprojekte an der Schule in Munkbrarup, im Kindergarten sowie in der Kirchengemeinde werden von ihr betreut und koordiniert. Darüber hinaus bieten auch die Sportvereine des TSV Munkbrarup und des TV Grundhof eigene Ferienprojekte an, in denen sie ebenfalls mitarbeitet. Auch findet ein reger Austausch mit der Jugendpflegerin der Stadt Glücksburg statt.

Bewährt hat sich die zusätzliche Beschäftigung von Jugendlichen im Freiwilligen Sozialen Jahr. Nachdem im ersten Jahr nur eine Jugendliche und im zweiten Jahr zwei Jugendliche beschäftigt wurden, wurde für dieses Jahr die Anzahl der anerkannten Stellen auf vier erhöht. Die personelle Verstärkung macht sich ebenfalls positiv in der Jugendarbeit bemerkbar.

Abschließend weist Frau Dorit Jensen darauf hin, dass sie auch im Bereich der Krisenintervention und Krisenbewältigung tätig ist, jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Auf Nachfrage von Amtsvorsteher Jürgen Bachmann, in welchen Bereich Frau Jensen zufrieden bzw. unzufrieden sei bzw. welche Bereiche der Jugendarbeit noch verbesserungswürdig seien, weist Frau Jensen darauf hin, dass sie mit dem gesetzten Limit von sieben Stunden pro Woche nicht auskäme. Amtsvorsteher Jürgen Bachmann schlägt vor, diese zum Gegenstand der nächsten Finanzausschusssitzung des Amtes zu machen.

Er bedankt sich bei Frau Jensen für ihre Ausführungen und ihren Einsatz und wünscht für die Zukunft weiterhin gutes Gelingen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: **Verschiedenes**

- 9.1 Bürgermeisterin und Amtsfinanzausschussvorsitzende Margrit Jeben äußert ihr Befremden darüber, dass die Gewährung des Zwischenfinanzierungsdarlehens in Höhe von 40.000 € für das Pflegeheim nicht im Finanzausschuss des Amtes besprochen worden sei.
- 9.2 Amtsvorsteher Jürgen Bachmann weist darauf hin, dass das Land Schleswig-Holstein aufgrund eines Kabinettsbeschlusses beabsichtigt, sich bis zum Jahr 2010 schrittweise aus der Finanzierung für die Schulen der dänischen Minderheit zurückzuziehen. Diese Maßnahme führt dazu, dass das Amt Langballig mit seinen sieben Gemeinden auf Basis der jetzigen Schulkostenausgleichsbeiträge Mehrbelastungen in 2007 in Höhe von 50.000 € und in 2008 in Höhe von 75.000 € haben wird. Mit dieser auf das Amt Langballig entfallenden zusätzlichen Belastungen wird es erforderlich werden, zum Ausgleich der Haushalte alle freiwilligen Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Hierzu gehört auch die Förderung von Verbänden und Vereinen.

Um diesen gravierenden Einschnitt in die solidarische Finanzierung des Schulwesens der dänischen Minderheit abzuwenden, schlägt Amtsvorsteher Jürgen Bachmann vor, folgende Resolution zu beschließen.

Beschluss bei 16 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme:

Der Amtsausschuss des Amtes Langballig beschließt die vom Amtsvorsteher vorgelegene Resolution:

"Das Land Schleswig-Holstein wird aufgefordert, das mit der Bonn-Kopenhagener Erklärung vom 29. März 1955 übernommene kulturpolitische Erbe weiter zu tragen.

Auf der Grundlage dieser Erklärung wurde gegenüber der Bundesregierung die Verpflichtung abgelegt, der dänischen Minderheit zur Förderung des Schulwesens Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Die Absicht, die vollen Lasten nunmehr den Kommunen im Landesteil Schleswig aufzuerlegen, widerspricht den historischen Intentionen, indem sich das Land seiner übernommenen Verantwortung gegenüber der dänischen Minderheit entledigt und damit Gefahr läuft, einer Grundsatzdiskussion Vorschub zu leisten, die ab 1955 als überwunden gilt."

9.3 Filteranlage der Stadtwerke Flensburg

Amtsvorsteher Jürgen Bachmann verliest ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Flensburg, Herrn Klaus Tscheuschner. Herr Tscheuschner weist darauf hin, dass die Stadtwerke Flensburg durch den Einbau moderner Filtertechnik sämtliche Werte unterschreiten, die von dem Toxikologen Dr. Hermann Kruse aus Kiel für erforderlich gehalten werden.

Unabhängig davon hält es Amtsvorsteher Jürgen Bachmann für erforderlich, noch bessere Filteranlagen einzusetzen und zu betreiben, um noch noch bessere Werte zu erreichen.

9.4 Einführung der Doppik

Bürgermeister Ulrich Christophersen regt an, auf Amtsebene in einer Besprechung Einigung darüber zu erzielen, unter welchen Kriterien das Anlagevermögen der einzelnen Gemeinden bewertet werden soll.

9.5 Umlandbebauung der Stadt Flensburg

Bürgermeister Peter Dietrich Henningsen fragt an, wie mit dem aggressiven Verhalten der Stadt Flensburg hinsichtlich der Ausrichtung zur Umlandbebauung im ersten Siedlungsring umgegangen werden soll. Er sieht bei der Baulandausweisung ein erhebliches Defizit, wenn es darum geht die Interessen der Gemeinden im ersten Siedlungsring ausreichend zu berücksichtigen.

Ltd. Verwaltungsbeamter Walter Schober weist darauf hin, dass die Ltd. Verwaltungsbeamten der Ämter und Gemeinden im ersten Siedlungsring ein Konzept des Umlandes erarbeiten wollen, um offensiv und geschlossen der Stadt Flensburg entgegenzutreten zu können. Seiner Ansicht nach sei auch der Landesplanung an dem derzeitigen unbefriedigenden Zustand eine Mitschuld zu geben .

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht, so dass Amtsvorsteher Jürgen Bachmann sich für die gefassten Beschlüsse bedankt und um 22.15 Uhr die Sitzung schließt.

gez. Jürgen Bachmann
Amtsvorsteher

gez. Reinhard Schmeiduch
Protokollführer

